

Die tunesische Revolution ist noch nicht zu Ende

Auseinandersetzungen um Politik, Wirtschaft und kulturelle Identität

Nach den ersten freien Wahlen seit Tunesiens Unabhängigkeit sind manche enttäuscht über den Sieg der Islamistenpartei Nahda. Im Vordergrund stehen aber wirtschaftliche und soziale Probleme, die Überwindung alter Machtstrukturen und Identitätsfragen.

Monika Bolliger, Tunis

Auf der einst von Demonstranten überfüllten Avenue Bourguiba in Tunis ist von der Revolution nicht mehr viel zu spüren. Einzig der Stacheldraht, mit dem das Innenministerium und die französische Botschaft noch immer umzäunt sind, erinnert an die Ereignisse. An einer Strassenecke hat jemand «Wo ist die Revolution?» auf eine Mauer gesprayt. Einen Monat nach den ersten freien Wahlen in der Geschichte Tunesiens nimmt der Alltag in der Hauptstadt seinen Lauf, fast, als wäre nichts geschehen. Nach Ansicht des Fotografen Hamideddine Bouali, der wegen seiner prägnanten Aufnahmen vom Aufstand berühmt geworden ist, sind sich die Tunesier gar nicht im Klaren, dass sie den Lauf der Geschichte verändert und die ganze Region inspiriert haben.

Zensurmentalität überwinden

Doch für viele, die sich während der Revolution an vorderster Front einsetzten, ist der Kampf noch gar nicht vorbei. Der Weg zu einer unabhängigen Presse ist beispielsweise noch lang. Die Besitzer der grossen Medien seien die gleichen wie vor der Revolution und unter den Journalisten gebe es viele Wendehälse, die früher dem Machthaber Ben Ali gehuldigt hätten und nun die Revolution priesen, erklären Omar Mestiri und Siham Bensedrine vom unabhängigen Radio Kalima. Bensedrine wurde kürzlich für ihr unermüdliches Engagement für unabhängigen Journalismus ausgezeichnet. Auch Monate nach der Revolution wartet Radio Kalima noch immer auf eine Lizenz. Dennoch gehe die Meinungsfreiheit sehr weit und sie seien zuversichtlich, dass sich noch vieles bewegen lasse, sagt Mestiri.

Die Aktivistin und Bloggerin Nidal Chemengi erzählt, dass nach der Revolution eine «Informationseuphorie» ausgebrochen sei. So wurden auch Gerüchte und Fehlinformationen verbreitet. An Professionalität mangelt es den Medien bisweilen noch. Zugleich braucht es Zeit, die über Jahrzehnte antrainierte Zensurmentalität zu überwinden. Bei den staatlichen Medien muss sich erst die Überzeugung durchsetzen, dass ihre Aufgabe nicht im selektiven Lobgesang auf die jeweilige Regierung besteht.

Besonders unter jungen Aktivisten ist derweil auch die Enttäuschung gross, dass die islamistische Partei an-Nahda



Vor den Wahlen gingen die Helfer der Nahda von Tür zu Tür – im Bild zwei Autos der Partei unterwegs in Gafsa. JOHANN ROUSSELOT / LAIF

bei den Wahlen in die verfassunggebende Versammlung mit 37 Prozent der Stimmen 41 Prozent der Parlamentssitze eroberte. «Die Jugend hat keine starke Partei. Die Nahda ist gut organisiert und clever, ihre Freiwilligen gingen von Tür zu Tür», klagt beispielsweise der Rapper Malek Khemiri. Seine Hip-Hop-Gruppe Armada Bizerta hatte schon vor der Revolution die Arbeitslosigkeit und den Traum von der Veränderung thematisiert und gehörte zu jenen Rappern, welche dem Aufstand und besonders der Jugend eine Stimme verliehen.

Auch der bekannte Internet-Aktivist Slim Amamou, der nach dem Umsturz während kurzer Zeit Mitglied der Interimsregierung war, ist der Nahda gegenüber skeptisch. Niemand weiss, ob sie tatsächlich so offen und tolerant politisieren wird, wie sie es vor den Wahlen versprach. «Aber im Gegensatz zu früher gibt es jetzt Hoffnung», fügt Amamou hinzu. Die anderen Parteien müssten von der Nahda lernen, sich zu organisieren, und die Bevölkerung werde hoffentlich beim nächsten Mal die Wahlen beziehungsweise die Konsequenzen des Nichtwählens ernster nehmen. Viele hätten sich nach jahrzehntelanger Diktatur wohl gar nicht vorstellen können, wie ein neues Tunesien aussehen könnte und wie sie sich dabei einbringen könnten, meint Amamou.

Tatsächlich relativiert sich der Wahlsieg der Nahda angesichts der tiefen Wahlbeteiligung. Entgegen den anfäng-

lich verkündeten 90 Prozent lag diese gemessen an allen Wahlberechtigten lediglich bei 37 Prozent. Beobachter gehen davon aus, dass die Nahda ihr Potenzial weitgehend ausgeschöpft hat – anders als jene, die weniger gut organisiert waren und daher weniger Wähler mobilisieren konnten. Wenn man nun die Anzahl der für an-Nahda abgegebenen Stimmen ins Verhältnis zu allen Wahlberechtigten setzt, so liegt ihr Anteil nurmehr bei etwa 20 Prozent, was etwa den Prognosen entspräche.

Gründe, für die Nahda zu stimmen, gab es viele. Vor allem steht die Partei für einen klaren Bruch mit der Vergangenheit des Regimes Ben Ali; viele ihrer Mitglieder waren im Gefängnis oder im Exil und stehen daher nicht im Verdacht, mit dem alten System verbandelt zu sein. Ihre Rückkehr steht auch für den Gewinn religiöser Freiheiten – etwa der Freiheit, an der Universität das Kopftuch zu tragen oder öffentlich Zakat, die islamische Form von Spenden für gemeinnützige Zwecke, zu sammeln. Dennoch hat die Nahda keine Mehrheit und ist auf Koalitionspartner angewiesen.

Der Faktor Wirtschaft

Mehr als Diskussionen über den Wahlsieg der Nahda stehen für viele Tunesier wirtschaftliche Fragen im Vordergrund. Denn gerade in jenen ärmeren Regionen, von denen der Aufstand seinen Ausgang nahm, sind viele enttäuscht,

dass sich ihre Lebensumstände nicht verbessert, sondern eher noch verschlechtert haben. Die wirtschaftliche Not war ein wesentlicher Faktor der Proteste. Hinzu kamen die Erniedrigung und die Unmöglichkeit, sich zu äussern. Im gegenüber der Küstenregion chronisch vernachlässigten Landesinnern kam es denn auch kürzlich wieder zu Unruhen. Der Interims-Regierungschef Essebsi hatte zumindest ein Bewusstsein für das Problem gezeigt, indem er 80 Prozent des staatlichen Budgets für das Landesinnere aufzuwenden versprach.

Was das Wirtschaftsprogramm der Nahda angeht, so ist es ähnlich vage wie alle anderen. Dass sich die Partei der Priorität wirtschaftlicher Fragen bewusst ist, hat sich aber darin gezeigt, dass ihre erste Pressekonferenz nach den Wahlen dem Thema Tourismus gewidmet war. Hier versprachen Parteivertreter im Grossen und Ganzen, dass alles beim Alten bleiben werde, auch wenn man Angebote für Touristen aus den Golfstaaten ausbauen wolle, wo es keinen Alkohol gebe. Die Idee wurde von Skeptikern gleich als Zeichen gewertet, dass die Nahda eine schlechende religiöse Vereinnahmung des öffentlichen Raumes anstrebe.

Doch ernsthaft gegen den etablierten Badetourismus vorgehen zu wollen, wäre politischer Selbstmord, wie ein Vertreter der Tourismusbranche meint. Etwa 400 000 Tunesier arbeiten im Tou-

risismus. Auch sonst ist Tunesien auf ausländische Investoren und westliche Kreditgeber angewiesen, wie Fausi Najjar vom Netzwerk Germany Trade & Invest ausführt. Vermutlich wollte die Führung der Nahda mit der Idee vom «islamischen Tourismus» eher um konservative Wähler werben. Die Nahda gilt als heterogene Partei mit einer abgeschlossenen Führung und einer ideologischen Basis. Beobachter halten es für denkbar, dass sich die Nahda in eine ideologisch rigide und eine pragmatische Partei spalten könnte.

Religion und Identität

Unterdessen findet an manchen Universitäten seit der Revolution ein Kulturkampf zwischen fundamentalistischen Heissspornen und Säkularisten statt. Der Rechtsprofessor Néji Baccouche nickt dazu nachdenklich und erzählt dann, dass er die Radikalen unter seinen Studenten gerne herausfordere. «Ich weiss mehr über das islamische Recht als sie und kann ihre einfache wie barbarische Weltsicht leicht ins Wanken bringen», meint der ältere Herr und lacht.

Elisabeth Braune, die Büroleiterin der deutschen Friedrich-Ebert-Stiftung in Tunis, sieht in den Auseinandersetzungen einen Streit um Identität. Tunesien habe das Potenzial, einen tunesischen Weg zu finden, aber die Identitätsfrage müsse geklärt werden, meint sie. Die säkular gesinnten Tunesierinnen und Tunesier müssen sich wohl damit abfinden, dass die Religion in der Öffentlichkeit in nächster Zeit präsent sein wird, ja, dass über ihren Platz verhandelt werden muss. «Manche Moderisten glauben immer noch, man könne die Islamisten ignorieren», sagt Jamil Hayder vom Maghreb-Büro der deutschen Hanns-Seidel-Stiftung. Vor Ben Ali habe schon Bourguiba vergeblich versucht, sie zu unterdrücken. Hayder glaubt jedoch, dass die Nahda nach der ersten regulären Legislatur an Stimmen verlieren werde. Die politischen Herausforderungen sind gross, und alle Erwartungen zu erfüllen, ist kaum möglich.

Kampf für die Freiheit

Trotz allen Unsicherheiten, zu denen zusätzlich die Entwicklung in den Nachbarländern, insbesondere Libyen, hinzukommt, zeigen sich viele Gesprächspartner optimistisch und bereit, für ihre Rechte und Freiheiten zu kämpfen. Die Journalistin Mabrouka Koudir kann sich breiter Zustimmung sicher sein, wenn sie sagt, dass die Verantwortung für die Verteidigung der Revolution bei den Tunesiern liege. Und die 21-jährige Studentin Hajer Mtiri verkündet selbstbewusst: «Wenn die Politiker unsere Erwartungen nicht erfüllen, wählen wir sie halt wieder ab. Wenn sie uns nicht passen, können wir jederzeit wieder das Zauberwort «dégage» aussprechen.»

Alles hängt weiterhin vom Willen König Mohammeds VI. ab

Gespräch mit dem marokkanischen Journalisten Khalid Jamaï über das Resultat der Wahlen in Marokko

Der Wahlsieg von Islamisten in Marokko zeigt Enttäuschung über die traditionellen Regierungsparteien an. Er entspricht nicht einem Aufbruch zu neuen politischen Ufern. Diese Ansicht vertritt der bekannte marokkanische Journalist Khalid Jamaï.

Beat Stauffer, Rabat

Khalid Jamaï zählt zu jenen marokkanischen Journalisten, die gegenüber dem Monarchen und dessen Herrschaftsapparat, dem «Makhzen», kein Blatt vor den Mund nehmen. Anders als andere regimiekritische Intellektuelle ist Jamaï, seit über 40 Jahren Journalist, volksnah. Insbesondere pflegt er Kontakte zu Angehörigen der Armee, der «grossen Unbekannten» der marokkanischen Poli-

tik. Ihn hat der Sieg des islamistischen Parti de la justice et du développement (PJD) bei den Parlamentswahlen vom letzten Freitag nicht überrascht. Er interpretiert diesen Sieg in erster Linie als Votum gegen die etablierten grossen Parteien und weist auf das katastrophale Abschneiden der Union socialiste des forces populaires hin.

Schöpfung des «Makhzen»

Für Jamaï steht fest, dass König Mohammed VI. auch nach diesen Wahlen fast alle Karten in den Händen behält. Zwar muss der Monarch gemäss der neuen Verfassung den Regierungschef aus den Reihen der Partei wählen, die am meisten Stimmen erhalten hat. Doch innerhalb dieses Rahmens hängt laut Jamaï weiterhin alles vom Willen des Königs ab. Ist es aber nicht denkbar, dass der Wahlsieger PJD gegenüber

dem «Makhzen» einen anderen, weniger unterwürfigen Ton anschlägt und sich dabei auf seine demokratische Legitimation beruft? Jamaï hält dies für höchst unwahrscheinlich. Er macht geltend, der PJD sei eine zutiefst königstreue Partei, ja sogar eine Schöpfung des «Makhzen». Die Partei werde diesen Kurs beibehalten.

Laut Jamaï haben die meisten Marokkaner die Hoffnung auf politische Veränderungen aufgegeben. Sie fühlten sich betrogen. Zwar sei die Verkehrsinfrastruktur in den vergangenen Jahren tatsächlich markant modernisiert worden, und die Menschenrechtslage habe sich etwas gebessert. Doch Verschlungen und Folterungen fänden weiterhin statt, und es existierten immer noch geheime Haftzentren. Vor allem aber verfüge der König auch nach der jüngsten Verfassungsreform immer noch über fast uneingeschränkte Vollmach-

ten und müsse niemandem Rechenschaft ablegen. Die tatsächliche Macht hielten allerdings die Generäle Ben Slimane, Bennani und Laâgniri in ihren Händen, alles Offiziere fortgeschrittenen Alters, die bereits unter König Hassan II. gedient hätten. In wirtschaftlicher Hinsicht dominiere die Industrieholding Omnium Nord Africain, die sich mehrheitlich im Besitz der Königsfamilie befinde.

Jamaï nimmt jedoch im Zuge des arabischen Frühlings in Marokko auch eine positive Entwicklung wahr. Er glaubt, eine gewisse «Entheiligung» der Monarchie beobachten zu können. So könne man heute im Internet sehr harte Kommentare über den König lesen – etwas, was vorher undenkbar gewesen sei. Auch hätten Richter eine Vereinigung gegründet, um auf diesem Weg ihre Prinzipien gegen Einflussnahme von oben zu verteidigen. Wie die Behörden

daraufhin eine weitere Zusammenkunft verboten hätten, seien die Richter kurzerhand auf die Strasse gegangen und hätten dort unter anderem die Einführung der Gewaltentrennung verlangt. In vielen Köpfen habe eine Entwicklung stattgefunden, die sich nicht mehr aufhalten lasse.

Heterogene Bewegung

Jamaï weist darauf hin, dass die Bewegung des 20. Februar, der Träger des arabischen Frühlings in Marokko, nur deswegen einiges politisches Gewicht erhalten habe, weil dahinter ältere Organisationen steckten. Dazu zählt er eine unabhängige Menschenrechtsorganisation, drei kleinere linke Parteien, Berber-Aktivistinnen, den marokkanischen Ableger der globalisierungskritischen Organisation Attac und die Islamisten des Adl wal-Ihsane.